

Haushaltsrede 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung und liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

das hier ist die dritte und zugleich auch die letzte Haushaltsrede der Initiative Oerlinghausen in dieser Wahlperiode. Es wird meine letzte Haushaltsrede sein, zumindest – davon bin ich überzeugt – in dieser Redereihenfolge. Wie Sie wissen, wird diese nach den Fraktionsgrößen bzw. dem Wahlergebnis festgelegt. Nach der nächsten Ratswahl im September wird unsere Fraktion, sollte es weiterhin fünf Fraktionen geben, aufgrund unserer Leistungen nicht mehr die Kleinste sein.

Lassen Sie uns zu Beginn auf unsere Prognosen und Aussagen aus der letzten Haushaltsrede zurückzublicken und gleichzeitig nach vorne schauen. Damals hatten wir den Haushalt des Vorjahres abgelehnt und gewarnt, dass dies der letzte Haushalt vor einer Haushaltssicherung sein könnte. Heute sehen wir, dass dieses "Damoklesschwert" nicht nur weiterhin über uns schwebt, sondern bereits zugeschlagen hat – mit spürbaren Einschnitten. Leider sollten wir mit dieser Einschätzung recht behalten.

Einige der von uns im letzten Jahr geforderten Sanierungsmaßnahmen wurden damals abgelehnt, sind jedoch inzwischen – ohne weitere Aufforderung – durch die Fachbereichsleitung in den diesjährigen Haushalt aufgenommen worden. Dies zeigt einmal mehr, dass unsere Fraktion die Realität früher erkennt als die Mehrheitsparteien, die lieber weiterhin in ihren Fehlentscheidungen verharren.

Wir hatten zudem bemängelt, dass erhebliche Finanzmittel für vage Eventualitäten geparkt wurden, anstatt die Eigenkapitalbasis der Stadtwerke zu stärken. Eine vorausschauende Verwendung hätte bedeutet, die Energiewende und den Freibadneubau aktiv voranzutreiben. Doch damals verhinderten Verwaltungsleitung, SPD, CDU und FDP diesen sinnvollen Ansatz. Nun, zum Jahreswechsel, wurde genau dies nachgeholt – allerdings nicht durch strategisch geplante Haushaltsmittel, sondern durch die Abtretung stadt eigener Forderungen gegenüber dem Abwasserwerk an die Stadtwerke.

Die Folge: Während die Stadtwerke profitieren, wurde das Abwasserwerk finanziell geschwächt. Eine Umverteilung mit Folgen für die Bürgerschaft, da dies durchaus auch steigende Gebühren zur Folge haben kann. Dabei ist zu erwähnen, dass die Abwassergebühren ohnehin schon mit den rechtlich höchsten zulässigen Werten kalkuliert werden und eine Anpassung zur Entlastung der Gebührenzahler:innen ungenutzt bleibt. Die damit steigenden Gebühren stellen beim Abwasserwerk letztendlich kein Risiko dar, denn die Monopolstellung des Abwasserwerks ermöglicht keine »Kunden«abwanderung. Die Stadtwerke kann sich dies aufgrund des Wettbewerbsvergleichs nicht leisten.

Wenn Ihre Kommunalvertretung – also auch wir – in den aktuellen Zeiten finanzielle Großprojekte, so wie beim heutigen Freibadneubau, auf den Weg bringt, so darf und muss dies auch kritisch betrachtet werden. Was als "Wohltat" für die Stadt verkauft wird, kann auch mal ein finanzieller Taschenspielertrick sein: Mittel, die aus der Tasche der Bürgerinnen und Bürger stammen, wandern in jene Tasche, aus der dann solche Projekte finanziert werden. Es heißt dann, dass Projekt wurde »mit erforderlichen Mitteln ausgestattet« – das ist richtig! Allerdings mit Ihren Mitteln, liebe Bürgerinnen und Bürger. Denn solche "Wahlgeschenke" sind nicht zum Nulltarif und kostenlos. Sie werden an anderer Stelle finanziert – oft durch höhere Gebühren und Steuern oder künftige Haushaltskürzungen. So ehrlich sollten wir gegenüber der Bürgerschaft sein.

Der Sanierungsstau in Oerlinghausen ist ein weiteres, drängendes und vor allem hausgemachtes Problem. Die versäumten Investitionen der vergangenen Jahrzehnte rächen sich. Die dringend benötigte Modernisierung des Schulzentrums wird ein Mammutprojekt mit einem hohen zweistelligen Millionenbetrag. Jahrelang wurde notwendige Instandhaltung verschoben, um kurzfristige Haushaltszahlen positiv darzustellen, nun wird hektisch nachgebessert. SPD, CDU und FDP präsentieren sich als treibende Kraft, doch die Wahrheit ist: Ihr jahrzehntelanges Zögern hat den Sanierungsstau erst verursacht. Der Sanierungsstau wurde über mehrere Ratsperioden hinweg hingenommen, statt diesem entgegenzusteuern und konsequent zu handeln. Der jahrzehntelangen Untätigkeit folgt jetzt das überfällige Aufholen eines hausgemachten Versäumnisses.

Der Grund: Politische Entscheidungen sind oft von Wahlzyklen und kurzfristigem Denken geprägt. Sanierungen werden nämlich als »konsumtive Ausgaben« betrachtet und fallen im Haushaltsjahr voll ins Gewicht, während Neubauten als »investive Ausgabe«, über mehrere Jahrzehnte verteilt, bilanziert werden.

Das Ergebnis: Eine Verlagerung von Kosten zugunsten der eigenen Profilierung. Die Verwaltung bzw. Kämmerei favorisiert investive Ausgaben. Statt selber Richtlinien zu definieren und vorzugeben, hat die Lokalpolitik sich durchaus von dieser Doktrin beeinflussen und ihr Denken und Handeln davon leiten lassen.

So werden konsumtive Maßnahmen aufgeschoben und vermieden, bis teure und investive Maßnahmen die einzige, alternativlose Lösung darstellen. Das Versäumnis von gestern wird den morgigen Generationen aufgebürdet. Es ist ein Sanierungsstau entstanden, den die Kinder und die Jugendlichen von heute vor Ort zu »ertragen« haben und in den nächsten Jahrzehnten finanziell »tragen« müssen.

Dieses Denken muss aufhören. Die Haushaltssicherung und die Finanzierbarkeit künftiger Projekte müssen absolute Priorität haben. Verantwortung bedeutet, rechtzeitig und sofort zu handeln, auch wenn es schmerzt.

Dazu gehört auch eine intensive Auseinandersetzung der Verwaltung mit dem Haushaltsentwurf bei der Aufstellung. Dies erfordert eine strenge Prüfung der Haushaltspositionen. Berichte zu Jahresabschlüssen zeigen immer wieder deutliche Überschüsse aufgrund falscher Einnahmenprognosen und nicht umgesetzter Maßnahmen. Eine solide Haushaltsplanung und deren konsequente Umsetzung sieht anders aus.

In den Haushaltsberatungen wurden erneute Beispiele deutlich, die zeigen, dass die politische Mehrheit weitere Einnahmequellen verfehlt oder Einsparungen nicht vollziehen mag: Tourismus darf kosten, doch damit Einnahmen zu generieren, damit tut man sich schwer. Investoren profitieren von günstigen Grundstückspreisen, während die Stadt zugunsten der Renditeerfüllung auf Einnahmen verzichtet. Und an vielem wird gespart – nur nicht am Rat selbst.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Es fehlt erneut ein Haushalt der Konkretisierung. Stattdessen liegt uns wieder einmal ein Haushalt der Eventualitäten vor. Die Verwaltung hätte ihn straffer und konkreter vorbereiten müssen. Die Haushaltsplanung muss sich endlich an realistischen Zahlen und konsequenter Umsetzung orientieren.

Die gesamte Ratsperiode war geprägt von globalen Krisen – nun stehen wir vor unserer stadteigenen Finanzkrise. Das dazu aufgestellte Haushaltssicherungskonzept ist unter dem Motto einzuordnen: »Alles kann, doch nichts muss«. Es ist keine "Kür der Innovationen", sondern eine Pflicht, mit der eine restriktive Fiskalpolitik einhergeht.

Wir wurden gewählt, um als Korrektiv zu wirken. Transparenz, sowie die Aufklärung und Einbindung unserer Bürgerschaft waren von Beginn an unser Ziel. Und genau das setzen wir fort: Wir werden die Missstände weiterhin benennen und für eine nachhaltige Mittelverwendung eintreten.

Oft wurden wir mit der Aussage konfrontiert, dass es uns nicht gelingen wird, unser anfängliches Tempo über die gesamte Wahlperiode aufrecht zu erhalten. Wir haben das Gegenteil bewiesen und sind rückblickend stolz auf unsere Arbeit. Mittlerweile geben wir in vielen Bereichen sogar das Tempo vor.

Unsere Beharrlichkeit beim Sporthaus in Helpup, die Mängelbeseitigung beim Grundschulneubau, die Modernisierung der Sportstätten durch LED-Flutlicht, unbegrenzter und kostenloser Zugang zu Trinkwasser an allen Schulen und Mountainbiking sind nur einige der vielen Beispiele unserer erfolgreichen, politischen Arbeit in allen Lebensbereichen.

Im Namen meiner Fraktion möchte ich unseren Dank der Verwaltung gegenüber aussprechen. Unsere Fragen wurden immer ausführlich beantwortet und auf zusätzlichen Nachfragen wurde stets zeitnah reagiert. Es ist der Verwaltung – gemeinsam mit der Politik – gelungen einen Haushalt aufzustellen, der zwar den Umständen geschuldet, einen einschränkenden Charakter aufweist, sich dabei freiwilligen Leistungen aber nicht gänzlich verwehrt. Wir brauchen nämlich keinen Haushalt, der nur auf dem Papier stimmig ist, sondern einen, der den Menschen dieser Stadt dient.

Die kommenden Jahre werden für die Verwaltung und insbesondere für die Kämmerei ein Kraftakt. Die »Berg«stadt wird ihrem Namen gerecht: Der prognostizierte Schulden»berg« wird gewaltig sein. Die heutige Verwaltungsleitung hat dieses Kapitel mit aufgeschlagen, doch die Verantwortung für den Aufstieg wird in den Händen des neuen Rates liegen. Wir werden diesen Weg nicht nur als Korrektiv, sondern auch als Konstante begleiten.

Es braucht daher deutlich mehr als ein paar warme und lobende Worte an die Verwaltung, die sich jährlich in den Haushaltsreden der Fraktionen wiederholen. Wir sichern der Verwaltung unsere Unterstützung in konstruktiven Gesprächen und Planungen zu. Wir werden diesen steilen Weg mit Ihnen gehen.

Abschließend danke ich meiner Fraktion für die intensive Auseinandersetzung mit dem Haushaltsentwurf und für die Anregungen, aus denen unsere Anträge entstanden sind.

Unsere grundlegende Kritik an dem Haushalt 2025 bleibt und ist dieselbe wie im Vorjahr: Es braucht mehr als einen Haushalt voller Platzhalter und Pauschalen. Doch es gibt deutliche Ansätze für eine Kompromissbereitschaft. Daher tragen wir den finalen Entwurf – wenn auch mit Einschränkungen – mit.

Vielen Dank!